



## Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

### **Miteinander Stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein tritt für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrem Geschlecht ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können.

Durch die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern gibt sich Schleswig-Holstein ein vielfältiges Gesicht und tritt Diskriminierung konsequent entgegen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Der Landtag hat deshalb im Landeshaushalt 2014 50.000 Euro für einen Aktionsplan gegen Homophobie bereitgestellt und bittet die Landesregierung mit der Umsetzung zu beginnen. Angesichts der Zahl sehr engagierter Akteure bzw. Verbände und Vereine in Schleswig-Holstein soll der Aktionsplan im Schwerpunkt darauf ausgerichtet sein, bestehende Unterstützungs- und Beratungsangebote bekannt zu machen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. So kann die Wirksamkeit vorhandener Angebote und Maßnahmen gesteigert werden.

Dabei sollen im Besonderen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung wird gebeten, gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Landesverband

Schleswig-Holstein e.V., anderen queeren Initiativen, in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle bei der Bürgerbeauftragten einen ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Homophobie zu erarbeiten.

2. Im Rahmen der Erstellung des Aktionsplans sollen zentrale gesellschaftliche Felder und Ebenen, in denen Homophobie und Diskriminierung besonders gravierend sind, identifiziert werden. Der Aktionsplan soll entsprechende Maßnahmen der Aufklärung und Information entwickeln und umsetzen, Unterstützungsmöglichkeiten und

Stärkung für Betroffene anbieten sowie gesellschaftliche Veränderungsprozesse initiieren und begleiten.

3. Im Rahmen des Aktionsplans werden die Ministerien gebeten, ihre Querschnittsverantwortung wahrzunehmen, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Homophobie fortzusetzen und auszubauen. Dazu gehört u. a., dass in Schule und Kindertagesbetreuung unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweise vermittelt und wertneutral behandelt werden. Weitere wichtige Bausteine können z. B. Schulungen für PolizeibeamtInnen, Beratungsstrukturen für Opfer und die Auseinandersetzung mit Glaubensgemeinschaften sein.

4. Die Antidiskriminierungsstelle bei der Bürgerbeauftragten wird gebeten, im Rahmen ihrer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit die Bündelung und Bekanntmachung der Aktivitäten der AkteurInnen und Institutionen außerhalb der Landesverwaltung zu koordinieren und auszubauen. Dabei sollen bestehende Diskurse aufgegriffen und gemeinsam mit den Initiativen des Lesben- und Schwulenverbandes unter einem neuen Logo für Schleswig-Holstein zusammengefasst werden.

5. Erfahrungen aus anderen Staaten, Bundesländern und Städten sowie der Wissenschaft sollen in den schleswig-holsteinischen Aktionsplan gegen Homophobie einbezogen werden.

Simone Lange  
und Fraktion

Rasmus Andresen  
Dr. Marret Bohn  
und Fraktion

Flemming Meyer  
für die Abgeordneten des SSW